

Schweizerischer
Gemeindeverband

Association des
Communes Suisses



Associazione dei
Comuni Svizzeri

Associazion da las
Vischnancas Svizras

3322 Urtenen-Schönbühl
Postfach
Solothurnstrasse 22
Tel. 031 858 31 16
Fax 031 858 31 15
MWST-Nr. 344 307

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld Alters- und
Hinterlassenenvorsorge
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Urtenen-Schönbühl, 15. Oktober 2007 kö

Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen - Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben des Vorstehers des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie, Kommunikation UVEK vom 27. Juni 2007 wurde der Schweizerische Gemeindeverband eingeladen, zum vorstehend erwähnten Verordnungsentwurf Stellung zu nehmen. Gerne machen wir von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Die Meinungen der vom Schweizerischen Gemeindeverband konsultierten Gemeinden und Städte zu der vorgeschlagenen Reform sind gegensätzlich. Diejenigen Gemeinden und Städte, welche einer Vorsorgeeinrichtung mit einem Deckungsgrad über 100% angeschlossen sind, befürworten die Vorlage grundsätzlich, die anderen möchten, dass das gemäss heute geltendem Gesetz mögliche System der Teilkapitalisierung und die bisherige Praxis der Aufsichtsorgane beibehalten werden.

Als Beispiel einer öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtung mit einem Deckungsgrad über 100% lassen wir Ihnen in der Anlage die Stellungnahme der COMUNITAS – Vorsorgestiftung des Schweizerischen Gemeindeverbandes zukommen. Der COMUNITAS sind über 500 Gemeinden und Institutionen mit rund drei Millionen Versicherten angeschlossen.

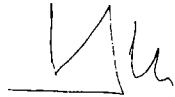
Einig sind sich die Gemeinden und Städte bezüglich der institutionellen Fragen (Punkt 3 des Fragenkataloges des Bundesrates zur Vernehmlassungsvorlage). Die vorgeschlagene rechtliche, finanzielle und administrative Verselbständigung und Ausgliederung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen und der zuständigen Aufsichtsbehörden aus der öffentlichen Verwaltung soll zwingend und rasch erfolgen. Auch die vorgeschlagene Kompetenzausscheidung zwischen Gemeinwesen und oberstem Organ i.S. der für privatrechtliche Vorsorgeeinrichtungen geltenden Regeln wird befürwortet. Schliesslich soll die Beitragspflicht der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen gegenüber dem Sicherheitsfonds beibehalten werden.

Für die Möglichkeit der Stellungnahme und für Ihre Kenntnisnahme danken wir Ihnen bestens.

Mit freundlichen Grüssen

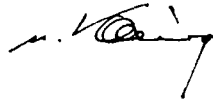
SCHWEIZERISCHER GEMEINDEVERBAND

Der Präsident:



Dr. Ulrich Isch

Der Direktor:



Ulrich König

Beilage erwähnt.

Kopie zK:

- Schweizerischer Städteverband, Bern
- COMUNITAS, Vorsorgestiftung des Schweizerischen Gemeindeverbandes, Bern



Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld Alters- und
Hinterlassenenvorsorge
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Bern, 27. September 2007

Benutzer/beug\VERNEHM\2007\PK öffentlich.doc

Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Unterlagen und nehmen gerne zur Vorlage Stellung.

Die Haltung der Städte ist kontrovers. Diejenigen Städte, welche Deckungsgrade von 100 % und mehr aufweisen befürworten grundsätzlich die vorgeschlagene Reform. Dies betrifft im Wesentlichen folgende Punkte:

- Pflicht, Vollkapitalisierung beizubehalten.
- Möglichkeit für Kassen mit einem Deckungsgrad von unter 100 %, das System der Teilkapitalisierung mittelfristig beizubehalten.
- Pflicht des Bundesrates, alle 10 Jahre über die finanzielle Situation der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen Bericht zu erstatten.
- Einführung des Modells „differenzierter Zieldeckungsgrad“ bis zur vollständigen Ausfinanzierung.
- Definition von Begriff, Umfang und Voraussetzungen einer Staatsgarantie.
- Möglichkeit zur Mitgabe „echter Fehlbeträge“ bei Teilliquidation.
- Rechtliche und finanzielle Verselbständigung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen.
- Beibehaltung der Unterstellung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen unter den Sicherheitsfonds.

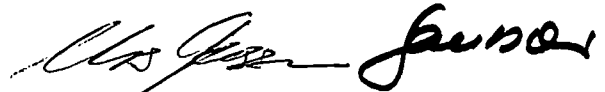
Stark abweichende Meinungen vertreten Kassen mit einem tiefen Deckungsgrad. Wir legen deshalb unserem Schreiben die Stellungnahme der Stadt Lausanne bei. Diese ist repräsentativ für Kassen mit grosser Unterdeckung.

Kassen, welche heute knapp eine Deckung von 100 % erreichen, verlangen folgendes Vorgehen: Kassen, die bereits heute eine Deckung von 110 % und mehr erreicht haben, sollen sofort auf eine Vollkapitalisierung verpflichtet werden. Kassen mit einem Deckungsgrad zwischen 100 und 110 % soll eine Interventionsgrenze zwischen 90 und 95 % zugestanden werden.

In der Beilage finden Sie ebenfalls die ausgefüllten Fragebogen. Allerdings weisen diese wegen der unterschiedlichen Haltungen der betroffenen Städte eine geringe Aussagekraft aus.

Mit freundlichen Grüßen

SCHWEIZERISCHER STÄDTEVERBAND



Dr. Urs Geissmann
Direktor

Barbara Santschi
Adjunktin

2 Fragebogen
Eingabe der Stadt Lausanne

Kopie

helena.kottmann@bsv.admin.ch

Dr. Marcel Guignard, Präsident Städteverband, Stadtpräsident von Aarau
Schweizerischer Gemeindeverband, Schönbühl



<http://www.bsv.admin.ch/dokumentation/zahlen/01662/01664/index.html?lang=de>

Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen Vernehmlassungsverfahren

Fragenkatalog des Bundesrates zur Vernehmlassungsvorlage

1. Finanzierungsmodell des differenzierten Zieldeckungsgrades

1.1 Unterstützen Sie den Ansatz, die Rahmenbedingungen für öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen denjenigen für privatrechtliche anzugleichen?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

1.2 Unterstützen Sie den Ansatz, dass nur öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen mit einem Gesamtdeckungsgrad unter 100% bei Inkrafttreten der geplanten Neuregelung im System der Teilkapitalisierung geführt werden können und öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen mit einem Gesamtdeckungsgrad über 100% zwingend im System der Vollkapitalisierung weiter geführt werden müssen (vgl. Absatz 4 i.V.m. Art. 72a Abs. 1 BVG)?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

1.3 Unterstützen Sie das vorgeschlagene Finanzierungsmodell eines differenzierten Zieldeckungsgrades, wonach für öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen im Teilkapitalisierungsverfahren gilt, dass die Rentnerkapitalien jederzeit zu 100% gedeckt und die bei Inkrafttreten der Neuregelung festgelegten Deckungsgrade bzgl. der Verpflichtungen gegenüber den aktiven Versicherten (ADG_{aktive}) bzw. gegenüber allen Versicherten (ADG_{Gesamt}) nicht mehr unterschritten werden dürfen, ohne dass Sanierungsmassnahmen eingeleitet werden?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:



1.4 Stimmen Sie den vorgeschlagenen Voraussetzungen für eine Teilkapitalisierung gemäss Artikel 72a Absatz 1 BVG zu (Staatsgarantie sowie Finanzierungsplan zur langfristigen Sicherung des finanziellen Gleichgewichts [i.S. der Erhaltung der verschiedenen Deckungsgrade])?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

1.5 **Staatsgarantie:** Stimmen Sie den vorgeschlagenen Rahmenbedingungen bezüglich der Realisierungstatbestände und des Umfangs der Staatsgarantie zu?

- Realisierungstatbestände (Leistungspflicht des Gemeinwesens bei):
 - Fällige ungedeckte Alters-/Risiko-/Austrittsleistungen;
 - Unterdeckung als Folge einer Teilliquidation beim austretenden Versichertenkollektiv;
 - Unterdeckung als Folge einer Teilliquidation beim verbleibenden Versichertenkollektiv (Unterschreitung des DG_{gesamt});
 - Verzinsbare Verpflichtung ab dem Zeitpunkt der Realisierung;
- Umfang der Garantie:
 - umfasst gesetzliche und weitergehende Vorsorge;
 - umfasst alle (öff. und private) Arbeitgeber;
 - umfasst bei Inkrafttreten der Neuregelung bestehende Fehlbeträge;
 - durch Ausgangsdeckungsgrade abgrenzbar gegenüber künftigen Sanierungstatbeständen;

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

1.6 **Teilliquidation:** Sind Sie mit dem vorgeschlagenen Konzept der Teilliquidation einverstanden, wonach vom Grundsatz der vollen Ausfinanzierung der austretenden Versichertenkollektive in folgenden zwei Fällen abgewichen werden darf:

- Abgebende und aufnehmende öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtung vereinbaren, dass das übertretende Versichertenkollektiv nur bis zum Deckungsgrad der aufnehmenden öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtung ausfinanziert sein muss;
- echte versicherungstechnische Fehlbeträge, die nicht durch eine Garantie des Gemeinwesens gedeckt sind, dürfen künftig wie bei privatrechtlichen Vorsorgeeinrichtungen mitgegeben werden.

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

2. Volle Ausfinanzierung

2.1 Sind Sie mit der grundsätzlichen Zielsetzung, dass öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen innert längstens 30 Jahren ausfinanziert sein sollen, einverstanden?

- ja nein keine Antwort

Bemerkungen:

2.2 Unterstützen Sie die Verpflichtung des Bundesrates, dem Parlament alle 10 Jahre Bericht über die finanzielle Lage der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen zu erstatten, damit im Hinblick auf den für eine volle Ausfinanzierung benötigten Zeithorizont allenfalls notwendige Korrekturen vorgenommen werden können?

- ja nein keine Antwort

Bemerkungen:

3. Institutionelles

3.1 Unterstützen Sie die vorgeschlagene rechtliche, finanzielle und administrative Verselbstständigung und Ausgliederung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen und der zuständigen Aufsichtsbehörden aus der öffentlichen Verwaltung?

- ja nein keine Antwort

Bemerkungen:

3.2 Unterstützen Sie die vorgeschlagene Kompetenzausscheidung zwischen Gemeinwesen und oberstem Organ i.S. der für privatrechtliche Vorsorgeeinrichtungen geltenden Regeln?

- ja nein keine Antwort

Bemerkungen:

3.3 Unterstützen Sie den Ansatz, dass öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen weiterhin gegenüber dem Sicherheitsfonds beitragspflichtig sind?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Ergänzende Fragestellungen der SGK-N

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit
CH-3003 Bern

www.parlament.ch
sgk.csss@pd.admin.ch

14. Juni 2007

Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen

Ergänzende Fragen der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Vernehmlassung

Ergänzungen zur Frage 2 (volle Ausfinanzierung) gemäss Fragenkatalog des Bundesrates

Angesichts der zum Teil sehr hohen Kosten, die eine volle Ausfinanzierung innert 30 Jahren für Kassen mit grosser Unterdeckung zur Folge hätte – die Fehlbeträge der 25 Kassen mit einer Deckung unter 90% belaufen sich auf über 15 Mrd. Fr. -, stellt sich die Frage, ob nicht einem anderen Finanzierungsmodell der Vorzug gegeben werden sollte. Die vom Bundesrat eingesetzte Expertenkommission hatte in diesem Sinne weitere Modelle geprüft und eines davon auch empfohlen (<http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/7812.pdf>).

Hauptvariante der SGK-NR und der Expertenkommission: Modell „Mischfinanzierung und differenzierter Zieldeckungsgrad“

A. Könnten Sie in diesem Zusammenhang als Alternative zur vollen Ausfinanzierung innert 30 Jahren einem unbefristeten Finanzierungsmodell der Teilkapitalisierung „Mischfinanzierung und differenzierter Zieldeckungsgrad“ zustimmen (vgl. im Bericht 5.2.4 Übersicht über die Finanzierungssysteme), also im Unterschied zur Vorlage des Bundesrates auf eine Befristung der Zulässigkeit des Modells verzichten?

Im Unterschied zum Modell des Bundesrates sollen Vorsorgeeinrichtungen, deren Kapitaldeckung unter 100% liegt, unbefristet im System der Teilkapitalisierung weitergeführt werden können. Es gilt dabei die allgemeine Regel, dass ein einmal erreichter Deckungsgrad nicht mehr unterschritten werden darf, das heisst, dass im Falle einer Unterschreitung automatisch Sanierungsmassnahmen ergriffen werden müssen. Das Ziel der Vollkapitalisierung und damit eine Angleichung an die privatrechtlichen VE soll weiterhin gefördert werden. Eine Frist bis zur vollen Kapitaldeckung wird aber nicht vorgeschrieben.

Es wird davon ausgegangen, dass VE mit einem Kapitaldeckungsgrad von über 90% (12 von 37 Kassen in Unterdeckung) sich in der Regel für das Ziel einer Vollkapitalisierung entscheiden. Für alle Kassen, die sich für die Vollkapitalisierung entscheiden (darunter können natürlich auch Kassen mit einem Deckungsgrad unter 90% sein) muss die Dauer einer Übergangsphase bestimmt werden. Den Aufsichtsbehörden wird ein Plan mit den entsprechenden Massnahmen (Finanzierung, Verteilung der zusätzlichen finanziellen Lasten usw.) unterbreitet.

Für alle anderen Fälle, die im System der Teilkapitalisierung und damit der Mischfinanzierung weiter geführt werden sollen, muss ein differenzierter Zieldeckungsgrad festgelegt werden. Auch in diesem Fall muss der Aufsichtsbehörde ein detaillierter Finanzierungsplan (inkl. der verbindlichen Regelung der öffentlich-rechtlichen Garantien für die Unterdeckung) vorgelegt werden. Wenn die entsprechenden Bestimmungen in Kraft treten, bestimmt jede öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtung den Gesamtdeckungsgrad sowie den Deckungsgrad der zu diesem Zeitpunkt feststehenden erwerbstätigen Versicherten, wobei zuerst die Rentenverpflichtungen zu 100% gedeckt sein müssen. Letzteres birgt den Vorteil, dass bei einer demografischen Alterung die Rentenverpflichtungen immer gedeckt sind. Beide Ausgangsdeckungsgrade dürfen in der Folge nicht mehr unterschritten werden.

Vorteile: Dieses Modell führt zu einer finanziellen Stabilisierung einerseits und erhöht den Anreiz hin zu einer vollen Ausfinanzierung andererseits. Gleichzeitig wird der unterschiedlichen Ausgangslage bei den öffentlich-rechtlichen VE wie auch der unterschiedlichen finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand Rechnung getragen.

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

Untervariante:

A. 1 Sind Sie der Meinung, dass für öffentlich-rechtliche VE mit einer besonders hohen Unterdeckung Sonderregelungen getroffen werden sollten?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

Untervariante:

A. 2 Sollen bei VE mit Teilkapitalisierung Überschüsse – speziell in sehr ertragsreichen Jahren – nach der Speisung der notwendigen Rückstellungen (Schwankungsreserven u.a.) zwingend dem Deckungskapital zugewiesen werden, dies verbunden mit einer entsprechenden Erhöhung des Zieldeckungsgrades?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

B. Haben Sie im Zusammenhang mit den Gesetzgebungsvorschlägen des Bundesrates weitere Bemerkungen?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:



Fragen zur internetbasierten Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens

Sie haben sich gegen die Beantwortung der gestellten Fragen auf der zu diesem Zweck zur Verfügung gestellten Webseite des BSV entschieden. Um Ihre diesbezüglichen Entscheidungsgründe besser verstehen zu können, bitten wir Sie, uns auch die nachfolgenden Fragen zu beantworten.

1. Sind Sie aus grundsätzlichen Überlegungen gegen die in diesem Fall gewählte Form der Vernehmlassung?

ja

nein

2. Sofern Sie keine grundsätzlichen Bedenken gegen eine internetbasierte Beantwortung von Vernehmlassungsfragen haben - welche Anforderungen müssten erfüllt sein, damit Sie diese Form der Durchführung einer Vernehmlassung unterstützen würden?

Anregungen:



*** **

Absender:

➤ Sie haben an der Vernehmlassung teilgenommen:

- in Ihrer Eigenschaft als Vernehmlassungsadressat gemäss offizieller Adressatenliste (<http://www.admin.ch/ch/i/gg/pc/pendent.html>) in Ihrer Eigenschaft als Privatperson oder Organisation, die nicht auf der offiziellen Adressatenliste geführt ist (spontane Teilnahme)

➤ Falls Sie Vernehmlassungsadressat gemäss offizieller Adressatenliste sind, zu welcher Kategorie gehört die von Ihnen vertretene Organisation:

- Kanton
 Partei
 gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete
 gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft
 Behörden und Verwandte Institutionen
 Versicherte/Leistungsbezüger/Selbstständigerwerbende
 Vorsorge- und Versicherungseinrichtungen, Durchführungsstellen
 weitere Organisationen

Name (Organisation/Behörde/Privatperson): Schweizerischer Städteverband

Adresse: Florastrasse 13, 3000 Bern 6

Für allfällige Rückfragen:

U. Geissmann

Tel.: 031 356 32 32

E-Mail: info@staedteverband.ch

Besten Dank!



EINGANG 14 SEP 2007

Union des Villes suisses
A l'att. de M. Urs GEISSMANN
Directeur
Florastrasse 13
Case postale
3000 Bern 6

Lausanne, le 13 septembre 2007
N/réf. Jacques-Antoine BAUDRAZ /nc - SPeL P.18/242

Procédure de consultation relative au projet de loi sur le financement des institutions de prévoyances de droit public

Monsieur le Directeur,

Dans le cadre de l'objet cité à l'entête, la Municipalité de Lausanne a examiné le projet de loi soumis à consultation et vous fait part de sa position.

Considérant que les dispositions contenues dans le rapport d'expert était déjà suffisamment contraignantes et suffisaient à répondre aux besoins de standardisation et de sécurisation du financement des institutions de prévoyance de droit public suisses, elle a souhaité ajouter aux remarques dans le questionnaire à choix multiple une prise de position figurant en annexe.

En conclusion, ce document relève que si nous pouvons souscrire aux exigences déjà sévères du contenu du rapport des experts, nous sommes d'avis que l'adjonction d'un délai de 30 ans pour abandonner le système de financement mixte qui figure dans le projet de loi qui nous est soumis en consultation doit être combattu.

Nous vous remettons, en annexe, le questionnaire dûment rempli ainsi que son annexe (documents que nous vous faisons parvenir également par voie électronique conformément à votre demande) et restons à votre entière disposition pour toute information complémentaire.

Nous vous prions d'agréer, Monsieur le Directeur, nos salutations les meilleures.

Au nom de la Municipalité

Le syndic :
Daniel Brélaz

Le secrétaire :
Philippe Meystre

Annexes : ment.

Municipalité de Lausanne

Secrétariat municipal
place de la Palud 2
case postale 6904
CH-1002 Lausanne
tél. ++41 21 315 22 15
fax ++41 21 315 20 03
municipalite@lausanne.ch

Prise de position de la Ville de Lausanne à l'attention de l'Union des Villes suisses au sujet du projet de loi sur le financement des institutions de prévoyance de droit public mis en consultation le 27 juin 2007 par le Conseil fédéral

1. Préambule

Interpellée dans ce sens par l'Union des Villes suisses sur ce sujet la Municipalité de Lausanne a souhaité donner son point de vue dans le cadre de la consultation en cours au sujet du projet de loi sur le financement des IPDP. Elle présente sa position en tant que corporation publique directement concernée par le nouveau projet de loi et dont l'institution de prévoyance pratique au jour de l'ouverture de la consultation le système de financement mixte ou système de capitalisation partielle conforme à l'article 69 LPP et à l'article 45 OPP 2 (ci-après système de financement mixte) ceci depuis bien avant l'entrée en vigueur de la LPP. Elle laisse, par ailleurs, à son institution de prévoyance le soin de prendre elle-même position en cette qualité.

2. Introduction

Le projet de loi soumis à consultation fait suite à la motion devenue initiative parlementaire de M. Serge Beck (ci-après l'initiative Beck). Il a été précédé par la publication par le département fédéral de l'intérieur (OFAS), le 23 mars 2007 du rapport de la commission d'experts (ci-après le rapport des experts).

Au mois de mars, cette première publication ouvrait la voie à l'introduction du système préconisé par le rapport des experts laissant aux IPDP la possibilité d'adopter un système dit de «maintien d'un objectif de couverture différencié». Ce système constituait déjà une nouvelle variante très stricte et contraignante du système de financement mixte pratiqué actuellement.

On rappellera ici qu'environ 40% des IPDP ont actuellement un taux de couverture inférieur à 100%.

La nouvelle législation mise en consultation le 27 juin 2007, quant à elle, combine les exigences du rapport des experts avec une exigence nouvelle pour les IPDP qui consiste à devoir se mettre en situation de capitalisation complète dans un délai de 30 ans depuis l'entrée en vigueur de la nouvelle loi.

La corporation publique garante du plan peut selon le projet de loi retirer sa garantie à la fin de ce délai ou dès qu'un degré de capitalisation de 100% aura été atteint.

Ce projet de loi impose finalement l'abandon du système de financement mixte à la fin de ce délai de 30 ans.

La Municipalité de Lausanne (ci-après la signataire) prend position ci-après sur ce projet. Elle met en garde contre les conséquences possibles de son adoption par les Chambres fédérales.

3. Prise de position générale

- A) La signataire se déclare attachée au maintien d'une possibilité de pratiquer le système de financement mixte actuellement autorisé par le droit fédéral et la pratique des autorités de surveillance;
- B) La signataire considère que l'abandon pur et simple du système de financement mixte des IPDP exigé par le projet de loi mis en consultation, même après un délai de 30 ans, ne résulte pas d'une nécessité correctement fondée en des termes économiques, mais ressort bien plus d'une perception erronée du système de financement mixte en vigueur à l'heure actuelle. L'abandon du système de financement mixte exigé par le projet de loi résulte selon elle aussi d'une conviction, également insuffisamment étayée, selon laquelle la simple recapitalisation des IPDP à hauteur de 100% de degré de couverture suffit à elle seule à résoudre l'ensemble des problèmes posés aux corporations de droit public en matière de prévoyance et en ce qui concerne l'équilibre à long terme des institutions concernées;
- C) La signataire met en doute la pertinence de mesures obligeant toutes les corporations publiques à se plier à un tel refinancement dans le délai imposé, mesures dont l'OFAS constatait lui-même en mars de cette année qu'il ferait peser sur certaines d'entre elles une charge insupportable;
- D) La signataire soutient, par contre le projet cohérent que contient le rapport des experts et admet le bien fondé des mesures contraignantes qu'il contient, savoir, essentiellement :
- l'obligation du maintien de l'objectif de couverture différencié ;
 - la précision de la garantie de la corporation de droit public ;
 - l'institution obligatoire des réserves de fluctuation et de pérennité ;
 - l'interdiction pour une institution déjà capitalisée à 100% de revenir à un système de capitalisation partielle ;
 - l'indépendance économique, financière et administrative des IPDP ;
 - la liberté du maintien d'un système de financement mixte tant et aussi longtemps que les résultats accumulés par l'IPDP elle-même (y compris une réserve de fluctuation suffisante) ne lui permettent pas de renoncer à la garantie fournie par la corporation de droit public ;
 - l'indépendance et le renforcement des autorités de surveillance.
- E) La signataire exprime le vœu que l'Union des Villes suisses prie le Conseil fédéral de modifier le texte proposé et d'en revenir au rapport des experts.
- F) La signataire relève que l'obligation qui serait faite aux IPDP d'abandonner le système de financement mixte entraîne un risque de complète perte de crédibilité du système de prévoyance suisse, puisqu'elle imposerait aux corporations de droit public dont elles sont issues, de rediscuter de mesures d'assainissement en cours, fruit de négociations ardues, alors que dites mesures partent souvent du principe même que le système de financement mixte prévu par le droit actuel demeure admissible à long terme.

4. Développement

4.1 Fondement, fonctionnement et critique du système actuel selon 69 LPP et 45 OPP2

Depuis près de 100 ans pour certaines d'entre-elles, les IPDP pratiquent le système de financement mixte.

Depuis l'entrée en vigueur de la LPP en 1985, les IPDP peuvent avec l'aval de leurs autorités de surveillance continuer d'appliquer ce mode de financement et se fondent pour le faire sur une disposition voulue par le législateur (art. 69 al. 2 LPP) et sur les dispositions d'applications promulguées par le Conseil fédéral à l'article 45 OPP2.

Rappelons ici, ce que M. Allenspach disait au sujet de cette norme particulière (¹Heinz Allenspach, Revue Suisse d'assurances, p. 72, Année 2000, Peter Lang AG).

« ... im Gegensatz zu den Betrieben dürfte die Perennität der öffentlichen Hand gewährleistet sein. Ausserdem stehen hinter ihren Vorsorgeeinrichtungen als Reserve die Steuerzahler. Es wäre beispielsweise nicht sinnvoll, der Eidgenössischen Versicherungskasse oder den Vorsorgeeinrichtungen der Kantone diese Ausnahmeregelung zu verweigern. Eine Verweigerung hätte unter Umständen für den Steuerzahler unangenehme Konsequenzen, da das rechnerisch fehlende Deckungskapital dann effektiv geäufnet werden müsste. () Die Vorsorgeeinrichtungen der öffentlichen Hand sollen () regelmässig bekannt geben müssen, wie gross die Differenz ihren effektiv angesparten Mittel und jenen gemäss der Bilanzierung in geschlossener Kasse ist. () Man darf auch in offenen Kassen nicht in den Tag Hineinleben, sondern muss immer wieder prüfen, ob die versprochenen Leistungen dann auch einmal wirklich erbracht werden können.»¹

On relèvera d'emblée que, sans l'autorisation formelle des autorités de surveillance et le respect des dispositions de l'article 45 OPP2 la pratique des financements mixtes n'est plus possible depuis 1985 déjà.

On relèvera ensuite, au titre d'appréciation économique rétrospective, qu'aucune IPDP n'a à aucun moment depuis sa création failli au paiement des prestations promises à ses assurés, quel que soit le rôle que les corporations publiques dont elle sont issues ait pu y jouer, et ceci sans pouvoir faire appel aux prestations du fonds de garantie. Il n'en va pas de même des institutions de droit privés censément totalement capitalisées qu'on leur montre en exemple à l'heure actuelle et dont le projet de loi objet de la présente prise de position les obligerait finalement à adopter le système.

On concédera enfin sans difficulté que les prescriptions de l'OPP2 en la matière sont notoirement insuffisantes et ont pu conduire à des pratiques peu souhaitables, non sans que l'on doive se demander aussi si les autorités de surveillance ont toujours pu ou su jouer leur rôle s'agissant de l'évolution de la situation financière des IPDP.

¹ Heinz Allenspach, Revue Suisse d'assurances, p. 72, Année 2000, Peter Lang AG

4.2 Fondement et cohérence du système proposé par le rapport des experts

Le rapport des experts contient un grand nombre de conditions et de contraintes légales nouvelles. Celles-ci sont énumérées plus haut sous point 3.

De l'avis de la signataire aussi bien que, de celui de la très grande majorité des experts de la branche, respectivement de l'avis majoritaire en commission par le Conseil fédéral lui-même lors de l'élaboration du projet de loi, ces contraintes sont, **à elles seules**, de nature à faire disparaître les insuffisances mentionnées au point 4.1 in fine ci-dessus et d'y substituer un cadre légal contraignant, gage d'une sécurité accrue pour les assurés.

On constatera en outre que les conditions de la pérennité des corporations de droit public qui faisaient dire au législateur de 1985 que le financement mixte (ou la capitalisation partielle) des IPDP devait demeurer possible n'ont pas disparu, même si la problématique des liquidations partielles suite à des privatisations méritait d'être prise en compte, ce à quoi le rapport des experts répond pleinement.

On ne trouve d'ailleurs, ni dans le contenu du rapport des experts de mars 2007, ni dans le projet objet de la présente prise de position, d'argumentation fondée qui puisse laisser entendre que les conditions de cette pérennité constatée par le législateur avant l'entrée en vigueur de la LPP en 1985 ont disparu en 2007.

4.3 Questionnement et critique générale du système proposé par le projet de loi mis en consultation

On se demandera tout d'abord si l'obligation de quitter en 30 ans un système de financement mixte ainsi corrigé de ses manquements manifestes (système proposé par le rapport des experts) fait vraiment sens pour toutes les collectivités publiques ou si elle ne constitue pas plutôt une manière de «jeter le bébé avec l'eau du bain» ?

En effet, faut-il doter un système corrigé et contraignant obligeant les IPDP à prendre d'elles-mêmes des mesures d'assainissement chaque fois que l'un ou l'autre des deux taux de couverture distincts qu'elles seraient tenues de maintenir viendrait à baisser en raison des aléas de la bourse (le système proposé par le rapport des experts), d'une date butoir au-delà de laquelle ce même système doit prendre fin, de droit, au risque de décrédibiliser toutes les IPDP ayant de bonne foi pratiqué un système que la législation antérieure les autorisait à pratiquer ?

Ne vaudrait-il pas mieux les laisser déterminer elles-mêmes et en pleine prise en considération tant de leur situation initiale que des capacités financières de leurs assurés et des corporations de droit public dont elles sont issues, la durée de la période pendant laquelle elles vont devoir s'astreindre à des mesures d'assainissement avant de satisfaire les exigences du nouveau droit ?

Vouloir fixer un tel délai contraignant pour l'abandon du système de financement mixte, n'est-ce pas là également prendre le très grand risque de faire payer à la seule génération des cotisants actuels, en leur double qualité de cotisant et de contribuable, la totalité des mesures liées à un changement complet de philosophie de la législation sur une seule génération alors que cette même législation ne permet pas ou presque pas de faire contribuer les bénéficiaires de rentes en cours à pareille opération de recapitalisation ?

Le Conseil fédéral, ou au moins l'initiant, ne vise-t-il pas en fait l'abolition pure et simple à terme de tous les plans fondés sur la primauté des prestations, tant il est vrai qu'aucune corporation de droit public obligée de recapitaliser l'IPDP dont elle est la garante ne souhaitera plus conserver un tel plan une fois la recapitalisation terminée ?

Lorsque l'on sait qu'une récente étude vient de montrer les conséquences d'un tel changement de primauté pour les rentiers en Grande Bretagne, et que l'établissement CreditReform attribue à l'insuffisance de moyens provenant de l'AVS et des prestations complémentaires la croissance très significative des faillites des aînés, on est forcé de poser la question qui précède.

La signataire est d'avis qu'utiliser le présent projet pour parvenir à de telles fins serait faire peu de cas du fait que les systèmes en primauté des prestations ont été voulus et discutés par les partenaires sociaux impliqués dans l'établissement des IPDP actuelles et qu'ils constituent une part essentielle de la rémunération des servants des corporations publiques même si elle est différée.

On se demandera ensuite si l'obligation de quitter en 30 ans le système de financement mixte ainsi corrigé de ses manquements manifestes (système proposé par le rapport des experts) résout l'ensemble de la problématique du financement des IPDP à long terme aussi bien pour les institutions elles-mêmes que pour les corporations de droit public dont elles sont issues ?

La signataire est d'avis que l'expérience récente dans le canton de Berne suffit à elle seule à démontrer que tel n'est pas le cas.

Elle souhaite rappeler si nécessaire que, quand bien même il s'agit d'une capitalisation partielle, le système de financement mixte repose sur un processus de capitalisation comme tout le deuxième pilier suisse, si jalosé par nos voisins. En tant que tel ce système est soumis aux aléas de la bourse et peut en souffrir pendant certaines périodes. Elle constate au titre des paradoxes du système de financement mixte, qu'en période de chutes de cours de la bourse, une institution en financement mixte souffre moins qu'une institution entièrement capitalisée.

On se demandera également si l'obligation de le quitter en 30 ans apporte des avantages marquants au système de financement mixte ainsi corrigé de ses manquements manifestes (système proposé par le rapport des experts)?

La signataire constate que la similarité de l'argumentation entre les deux rapports accompagnant aussi bien le rapport des experts que le présent projet de loi ne laisse paraître aucun argument tranchant en ce sens.

On se demandera, au reste, si le projet de loi proposé forme un tout cohérent ?

La signataire constate qu'il n'en est rien et que l'ajout d'un délai de 30 ans pour quitter le système du financement mixte constitue tout au plus une contrainte supplémentaire manifestement exogène au reste du projet. Pire, on est en droit de se demander s'il fait vraiment sens de légiférer dans le sens de la prise de nombreuses dispositions contraignantes constitutives de modalités de fonctionnement d'un financement mixte corrigé de ses défauts initiaux pour exiger ensuite son abolition définitive au profit d'un autre système (la capitalisation intégrale), lui-même non dénué de risque comme on l'a démontré plus haut. On pourrait tout aussi bien jeter aux orties tout le travail fourni par les

experts et imposer un délai fixe aux IPDP pour se recapitaliser à 100% et abandonner le système de financement mixte.

La signataire relève en outre une incohérence majeure dans le projet mis en consultation. Celle-ci ressort du fait que, reprenant en ce point et à juste titre le système préconisé par le rapport des experts, **le projet de loi permet la constitution initiale d'une réserve de fluctuation de valeur lors de l'entrée en vigueur de la loi** allant ainsi, à juste titre du point de vue des signataires, à l'encontre de la norme Swiss GAAP RPC 26 pour permettre une saine gestion des risques de placements d'une IPDP **mais permet aussi à la corporation de droit public dont l'IPDP est issue de faire cesser sa garantie dès que le taux de couverture atteint est de 100%.**

De son point de vue :

- soit on est en présence d'une incohérence majeure du projet susceptible en cas de mauvaises années boursières de faire replonger les IDPD dans une nouvelle phase d'assainissement à laquelle elles auront à faire face seules, directement après la cessation de la garantie ;
- soit on est en présence d'une sous-évaluation caractérisée des coûts du projet de loi dans une mesure égale à la somme des réserves de fluctuation de l'ensemble des IPDP non totalement capitalisées lors de l'entrée en vigueur de la loi.

Dans les deux cas elle suggère de prier le Conseil fédéral de veiller à en informer complètement le parlement lors de la mise du projet en délibérés.

On s'interrogera enfin sur la portée macro-économique du projet de loi soumis à consultation.

On peut constater que la lecture côte à côte des considérations concernant l'impact économique sur la Confédération et les Cantons des dispositions proposées par le rapport des experts et de celles concernant l'impact économique des dispositions proposées par le Conseil fédéral frappe par leur peu de différence. Dans l'absolu, on pourrait en tirer deux conclusions :

- a) soit le rapport de la commission d'experts et la nouvelle loi sont si proches dans leurs effets qu'on est en droit de se demander quelle raison impérieuse pousse le Conseil fédéral à ajouter un délai impératif aux dispositions proposées par les experts ;
- b) soit les effets de l'ajout d'un délai de 30 ans dans le projet de loi n'ont pas fait l'objet d'une analyse suffisamment poussée et on est en droit de craindre que ses coûts soient bien plus élevés que prévus.

Dans le cas particulier, La signataire penche pour la seconde hypothèse qu'elle développe ci-dessous et souhaite que l'on prie le Conseil fédéral de bien vouloir prendre le soin de vérifier que la portée économique du projet mis en consultation au sens de l'impact particulier du délai de 30 ans ajouté au rapport des experts a été évalué correctement, avant de l'amener devant le parlement.

Lorsque le rapport accompagnant le projet de loi mentionne la persistance actuelle des taux bas au sujet de l'emprunt fréquemment utilisé par la corporation publique pour refinancer son IPDP (au point 7.1.2.3 à la page 27 au sujet des conséquences

économiques des modes de refinancement), il ne se préoccupe apparemment pas des conséquences des futures augmentations possibles de ces taux.

Lorsque le rapport mentionne plus bas à cette même page que le risque que le contribuable soit appelé à intervenir ne peut pas totalement être écarté et va jusqu'à évoquer une limitation des conséquences par des arbitrages budgétaires (on se demande bien à quoi il est ici fait allusion), il fait preuve à ses yeux d'une légèreté dangereuse. Ceci en raison du fait qu'il ne tient aucun compte, ni de la situation financière initiale des corporations de droit public concernées lors de l'entrée en vigueur de la loi (dont on sait qu'elle varie fortement d'une corporation publique à l'autre), ni du fait que les mêmes personnes pourraient fort bien cumuler les qualités d'assuré de l'une de ces institutions soumise à un plan de refinancement et de contribuable. Elles pourraient donc fort bien être appelées à contribuer, d'une part, directement à un plan d'assainissement en leur première qualité d'assurés et, d'autre part, devoir participer indirectement au refinancement d'une ou plusieurs IPDP par le biais de la hausse de leurs impôts. Ce serait notamment le cas d'une partie de la population lausannoise.

Le rapport accompagnant le projet mentionne dans le même passage, sous une forme inadéquate reprise du document antérieur, que les bénéficiaires de rentes, qui ont fréquemment participés à un financement insuffisant durant leur carrière, ne peuvent participer au refinancement d'une IPDP que sous la forme de la suspension de leur droit à l'indexation des rentes. Il ne relève par contre pas suffisamment aux yeux des signataires la grave rupture de la solidarité intergénérationnelle en défaveur des citoyens actifs qui en résulte directement.

Aux yeux de la signataire, ni les impacts macroéconomiques sur la capacité d'épargne et de consommation ainsi que sur la capacité contributive d'une génération d'assurés/contribuables victimes de ce cumul pervers de qualité (contribuable et assuré), ni les effets qu'ils entraîneront inmanquablement sur les finances des corporations publiques, ne paraissent avoir été estimés de manière approfondie dans le rapport qui accompagne le projet.

La signataire est donc d'avis que le rapport d'accompagnement n'est pas suffisamment explicite en ce qui concerne les conséquences économiques du projet et risque ainsi de laisser les parlementaires pour le moins démuni pour en estimer les effets à long terme.

Elle relève en outre le risque, puisque le changement de système serait imposé par une nouvelle législation, que les acteurs (assurés, retraités, affiliés, etc.) s'estiment en droit de demander à l'Etat garant, conformément à la loi, de prendre en charge l'entièreté de la partie financée en répartition.

Ce serait demander aux contribuables un nouvel effort alors que plusieurs dizaines de milliards ont déjà été versés par la Confédération, par certains cantons et quelques villes jusqu'à ce jour mais resteraient insuffisants si la volonté de changer le système s'imposait.

D'après les informations qu'elle reçoit des milieux de la prévoyance professionnelle, la signataire croit savoir que, rien que pour la Confédération, 31 milliards ont déjà été mis à disposition de ses caisses de pension ces dernières années pour permettre de les renflouer.

Leur recapitalisation à hauteur de 100% supposerait un apport nouveau d'environ 11 milliards pour la Confédération et selon les experts fédéraux d'environ 16 milliards de plus pour les cantons et certaines villes.

Si un certain nombre de cantons ou de villes, qui ont une bonne situation financière, jugent cet effort possible, d'autres ne pourront pas mener de front l'assainissement de leurs finances et en même temps recapitaliser intégralement leurs caisses de pension.

5. Conclusion générale

La signataire suggère à l'union de Villes Suisse de prier le Conseil fédéral de prendre en considération les remarques et questions qui précèdent avant que de proposer au parlement un projet de loi combinant, d'une part, les éléments contenus dans le rapport des experts qui formaient un tout cohérent visant à permettre de poursuivre un système de financement mixte fondé sur la pérennité des corporations de droit public avec, d'autre part, un délai impératif pour quitter définitivement ce système.

Elle est d'avis que cette combinaison rend le projet de loi incohérent, si ce n'est sans pertinence.

Elle suggère à l'Union des Villes suisses de prier le Conseil fédéral de renoncer au texte soumis à consultation pour soumettre au Parlement la version dite du rapport des experts sans adjonction exogène.

Le syndic:   Le secrétaire: 



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

<http://www.bsv.admin.ch/dokumentation/zahlen/01662/01664/index.html?lang=fr>

Financement des institutions de droit public Procédure de consultation

Questions du Conseil fédéral sur le projet mis en consultation

1. Modèle de financement « objectif de couverture différencié »

- 1.1 Soutenez-vous le principe consistant à aligner les conditions-cadre des institutions de prévoyance de droit public (ci-après IPDP) sur celles des institutions de prévoyance de droit privé ?

oui

non

pas de réponse

Remarques:

La question est mal formulée car les conditions cadres des IPDP sont déjà alignées avec celles des institutions de prévoyance de droit privé en tout ce qui ne concerne pas leur financement.

La réponse est résolument non en ce qui concerne l'abandon du système de financement mixte à la fin d'une période de trente ans pour y parvenir, proposée par le Conseil Fédéral en raison même de la garantie des corporations publiques et de la pérennité de ces dernières. On voudra bien sur ce point se référer à la prise de position qui précède le présent questionnaire.

La réponse pourrait être oui, s'agissant du modèle de financement avec objectif de couverture différencié issu du rapport des experts au sens où il est résumé dans le premier encadré des questions complémentaires de la CSSS-N (système dit « du rapport des experts »).

- 1.2 Soutenez-vous le principe consistant à autoriser seulement les IPDP ayant, à l'entrée en vigueur de la nouvelle réglementation prévue, un degré de couverture inférieur à 100 % à conserver le système de capitalisation partielle et à obliger les IPDP ayant un degré de couverture supérieur à 100 % à être gérées selon le système de capitalisation complète (cf. al. 4 en corrélation avec l'art. 72a, al. 1, LPP) ?

oui

non

pas de réponse

Remarques:

On voudra bien sur ce point se référer à la prise de position de la signataire.

1.3 Soutenez-vous le modèle de financement proposé, à savoir un taux de couverture cible différencié, dans lequel, pour les IPDP en capitalisation partielle, les capitaux des rentiers sont toujours couverts à 100 % et les taux de couverture constatés à l'entrée en vigueur de la nouvelle réglementation, soit les engagements envers les assurés actifs (DCI_{actifs}) ou envers tous les assurés (DCI_{global}), ne doivent plus être abaissés sans que des mesures d'assainissement soient prises ?

oui

non

pas de réponse

Remarques:

On voudra bien sur ce point se référer à la prise de position de la signataire.

1.4 Approuvez-vous les conditions proposées pour la capitalisation partielle à l'art. 72a, al. 1, LPP (garantie de l'Etat et plan de financement visant à garantir l'équilibre financier à long terme [maintien des différents degrés de couverture]) ?

oui

non

pas de réponse

Remarques:

On voudra bien sur ce point se référer à la prise de position de la signataire.

1.5 **Garantie de l'Etat :** approuvez-vous les conditions-cadre proposées pour les motifs de réalisation et l'étendue de la garantie ?

- Motifs de réalisation (obligation de prestations pour la collectivité publique en cas de) :
 - prestations de vieillesse, de risque ou de sortie non couvertes dues ;
 - découvert consécutif à une liquidation partielle si un collectif d'assurés sort ;
 - découvert consécutif à une liquidation partielle si un collectif d'assurés reste (taux inférieur au DCI_{global}) ;
 - engagement rémunérateur dès le moment de la réalisation.
- Etendue de la garantie :
 - prévoyance légale et prévoyance étendue ;
 - tous les employeurs (publics et privés) ;
 - découverts existants au moment de l'entrée en vigueur de la nouvelle réglementation ;
 - possibilité de limitation de la garantie par des degrés de couverture de départ, dans le sens où si ces derniers ne sont plus atteints cela motive des assainissements futurs et non une extension de la garantie.



oui

non

pas de réponse

Remarques:

On voudra bien sur ce point se référer à la prise de position de la signataire.

1.6 **Liquidation partielle** : êtes-vous d'accord avec le concept proposé pour la liquidation partielle, lequel autorise à s'écarter du principe du financement complet du collectif d'assurés sortant dans les deux cas suivants :

- l'IPDP cédante et l'IPDP reprenante conviennent que le collectif d'assurés à transférer ne doit être financé que jusqu'au degré de couverture de l'IPDP reprenante ;
- les découverts actuariels réels qui ne sont pas couverts par une garantie de la collectivité publique pourront à l'avenir être transférés, comme c'est le cas pour les institutions de prévoyance de droit privé.

oui

non

pas de réponse

Remarques:

On voudra bien sur ce point se référer à la prise de position de la signataire. Ce oui ne vaut, en outre, qu'à la condition que les autres conditions posées à cette forme de liquidation partielle dans le rapport des experts soient également respectées.

2. **Capitalisation complète**

2.1 Êtes-vous d'accord avec l'objectif de base, à savoir que les IPDP doivent être entièrement recapitalisées dans un délai maximum de 30 ans ?

oui

non

pas de réponse

Remarques:

On voudra bien sur ce point se référer à la prise de position de la signataire.

2.2 Soutenez-vous l'obligation pour le Conseil fédéral de fournir tous les dix ans au Parlement un rapport sur la situation financière des IPDP afin de pouvoir, le cas échéant, corriger le délai nécessaire pour la capitalisation complète ?

oui

non

pas de réponse

Remarques:

La signataire ne s'oppose pas à ce que le Conseil Fédéral fasse le point tous les dix ans au sujet de l'état du financement des IPDP. Toutefois, dès lors qu'elle conteste le besoin d'obliger les IPDP à quitter le système de financement mixte, elle est d'avis qu'un tel état de situation ne peut être fait dans le but de corriger un délai devenu par hypothèse sans objet.

3. Aspects institutionnels

3.1 Soutenez-vous l'autonomisation juridique, financière et administrative proposée pour les IPDP et pour l'autorité de surveillance, ainsi que leur séparation de l'administration publique ?

oui

non

pas de réponse

Remarques:

3.2 Soutenez-vous la séparation des compétences entre la corporation de droit public et l'organe suprême en ce qui concerne les règles valables pour les IPDP ?

oui

non

pas de réponse

Remarques:

3.3 Soutenez-vous l'idée de laisser les IPDP soumises à l'obligation de cotiser envers le Fonds de garantie ?

oui

non

pas de réponse

Remarques:

Mais à la condition que le taux de cotisation soit adapté à la réalité de la couverture et des prestations dont elles peuvent effectivement bénéficier. Il y a, sinon, une subvention du secteur public en faveur du secteur privé.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

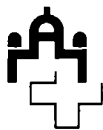
Questions complémentaires de la CSSS-N

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Commission de la sécurité sociale
et de la santé publique
CH-3003 Berne

www.parlament.ch
sgk.csss@pd.admin.ch

14 juin 2007

Financement des institutions de prévoyance de droit public

Questions complémentaires de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil National (CSSS-N) posées aux destinataires de la consultation

Compléments à la question 2 (capitalisation complète) du Conseil fédéral

Etant donné le coût élevé qui pourrait résulter d'un refinancement complet dans les 30 ans pour les caisses présentant un découvert important – celui des 25 caisses ayant une couverture inférieure à 90 % s'élève à plus de 15 milliards de francs –, on peut se demander s'il ne faudrait pas préférer un autre modèle de financement. La commission d'experts instituée par le Conseil fédéral avait dans ce sens examiné d'autres modèles et recommandé l'un d'entre eux (<http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/7813.pdf>).

Variante principale de la CSSS-N et de la commission d'experts : modèle « financement mixte et objectif de couverture différencié »

A. Dans ce contexte, pouvez-vous approuver, comme alternative au refinancement complet dans les 30 ans, un modèle de refinancement sans délai fixe pour la capitalisation partielle, le « financement mixte et objectif de couverture différencié » (voir, dans le rapport, le ch. 5.2.4 sur les systèmes de financement), c'est-à-dire, à la différence du projet du Conseil fédéral, ne pas limiter la durée pendant laquelle le modèle serait autorisé ?

A la différence du modèle du Conseil fédéral, les institutions de prévoyance dont le degré de couverture est inférieur à 100 % doivent pouvoir continuer à être gérées, pour une durée illimitée, selon le système de la capitalisation partielle. Ce qu'il faut, c'est respecter la règle générale consistant à ne pas tomber à un degré de couverture inférieur ; en d'autres termes, dans ce cas, prendre automatiquement des mesures d'assainissement. L'objectif de la capitalisation complète et ainsi l'alignement sur les institutions de prévoyance de droit privé sont donc maintenus. Par contre, il n'y a pas de date butoir pour la recapitalisation complète.

L'hypothèse est que les institutions de prévoyance ayant un degré de couverture supérieur à 90 % (12 sur les 37 en découvert) se fixeront comme objectif la capitalisation complète. Pour toutes les caisses

prenant cette décision (parmi lesquelles il peut aussi figurer des caisses dont le degré de couverture est inférieur à 90 %), la durée de la phase de transition doit être fixée. Les autorités de surveillance recevront un plan précisant les mesures prises à cet effet (financement, répartition des charges financières supplémentaires, etc.).

Pour tous les autres cas, c'est-à-dire pour les IP qui resteront gérées selon le système de la capitalisation partielle et donc conserveront un financement mixte, l'objectif de couverture doit être différencié. Mais dans ce cas aussi, l'IP présentera à l'autorité de surveillance un plan de financement détaillé (y compris la règle contraignante des garanties publiques pour le découvert). Au moment où ces dispositions entreront en vigueur, chaque IPDP fixera le degré de couverture global et le degré de couverture pour les assurés actifs, étant entendu que la priorité est de couvrir à 100 % les engagements relatifs aux rentes. Ce dernier point est intéressant dans le sens que ces engagements seront couverts même en cas de vieillissement de la population. Les deux degrés de couverture ne devront plus, ensuite, tomber plus bas que les degrés de départ.

Avantages : ce modèle permet une stabilité financière et accroît l'intérêt d'un refinancement complet. En même temps, il tient compte des différences à la fois en termes de situation initiale des IPDP et de marge de manœuvre financière des collectivités publiques.

oui

non

pas de réponse

Remarques:

On voudra bien sur ce point se référer à la prise de position de la signataire.

Sous-variante :

A. 1. *Estimez-vous qu'il faut prévoir des dispositions spéciales pour les IPDP présentant un découvert particulièrement important ?*

oui

non

pas de réponse

Remarques:

La réponse est non si l'on veut leur fixer des minima de capitalisation sans tenir compte de leur situation initiale au moment de l'entrée en vigueur de la loi, car le système dit « du rapport des experts » répond déjà complètement à cette problématique.

On voudra bien sur ce point également se référer à la prise de position de la signataire.

Sous-variante :

A. 2. *Faut-il obliger les IPDP en capitalisation partielle – en particulier les années où les rendements sont bons – à affecter les excédents au capital de couverture, après avoir alimenté les provisions nécessaires (réserves de fluctuation, etc.), et, en même temps, à relever l'objectif de couverture ?*

oui

X non

pas de réponse



Remarques:

La réponse est non. En effet, Le système dit « du rapport des experts » et les normes actuelles fixent déjà des règles suffisamment contraignantes en la matière.

B. Avez-vous d'autres remarques par rapport aux propositions législatives du Conseil fédéral ?

oui

non

pas de réponse

Remarques:

On voudra bien sur ce point se référer à la prise de position de la signataire.



Questions relatives à la procédure de consultation par internet (possibilité de répondre aux questions posées par un site internet)

Vous avez choisi de ne pas saisir votre réponse sur le site internet mis à disposition. Pour bien comprendre votre choix, nous vous prions de répondre aux questions suivantes

1. Etes-vous en principe contre toute procédure de consultation sous cette forme

oui non

2. Si vous n'avez pas d'opposition de principe, quelles seraient les améliorations à apporter à cette solution qui vous inciteraient à la soutenir ?

Suggestions:

Expéditeur.

➤ Vous avez participé à la consultation :

- en tant que destinataire de la consultation selon la liste officielle des destinataires
(<http://www.admin.ch/ch/i/gg/pc/pendent.html>)
- en tant que personne privée ou organisation qui ne fait pas partie de la liste officielle des destinataires (participation spontanée)

➤ Si vous faites partie de la liste officielle des destinataires: à quelle catégorie appartient l'organisation que vous représentez:

- canton
- partis politiques représentés à l'Assemblée fédérale
- Associations faïtières des communes, des villes et des régions de montagne qui oeuvrent au niveau national
- Associations faïtières de l'économie qui oeuvrent au niveau national
- autorités et institutions apparentées
- Assurés/rentiers/indépendants
- institutions de prévoyance et d'assurance, organes d'exécution
- autres organisations

Nom (Organisation/institution/personne privée): Ville de Lausanne par la Caisse de pensions du personnel communal

Adresse: Rue Madeleine 1 - case postale 6904 - 1002 Lausanne

En cas d'éventuelles questions de précision:

Tél.: 021/315.23.40 (M. Jacques-Antoine BAUDRAZ, directeur)

courriel: jacques-antoine.baudraz@lausanne.ch

Merci !

AU NOM DE LA MUNICIPALITÉ
Le syndic:  Le secrétaire: 



Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)
Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB)
Gruppo svizzero per le regioni di montagna (SAB)
Gruppa svizra per las regiuns da muntogna (SAB)

CH-3001 Bern · Seilerstrasse 4 · Postfach 7836 · Tel. 031 382 10 10 · Fax 031 382 10 16
Internet: <http://www.sab.ch> E-mail: info@sab.ch Postkonto: 50 - 6480-3



Bern und Brugg, 15. Oktober 2007
MB, TE / L1

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV
Effingerstrasse 20

3003 Bern

helena.kottmann@bsv.admin.ch

Stellungnahme der SAB zur Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Möglichkeit der Stellungnahme zur Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen (örVE) und geben nachfolgende Vernehmlassung ab.

Aus finanzpolitischen Überlegungen sprechen wir uns klar gegen die absolute Notwendigkeit der vollen Ausfinanzierung von örVE und damit der Angleichung an die privatrechtlichen VE aus. Das System der Staatsgarantie ist aus unserer Sicht noch immer ein sinnvolles Instrument zur Sicherung der Verpflichtungen örVE und Art. 69 Abs. 2 BVG sollte beibehalten werden. Wir sprechen uns für einen gemäss versicherungstechnischen Kenntnissen gemeinsam mit dem Experten für berufliche Vorsorge festgelegten Deckungsgrad aus, der vom obersten, unabhängigen Organ der örVE festgelegt werden soll. In den allermeisten Fällen wird der Deckungsgrad der im Reglement festgelegt wird (und mit der Staatsgarantie korrespondiert) wohl 80 % und mehr betragen und für alle daraus folgenden Massnahmen bei Unterschreitung des Deckungsgrades ein unabhängiger Stiftungsrat mit allen Kompetenzen analog der privatwirtschaftlich geführten VE als oberstes Organ die Verantwortung trägt. Der vom obersten Organ festgelegte Deckungsgrad sollte in einem Zeitraum von 40 Jahren erreicht werden. Bei dieser Frist von 40 Jahren entstehen den örKörperschaften und damit den Steuerzahlern die geringsten Belastungen. Dank der Perennität würde gemäss Expertenmeinung für die meisten örVE ein Deckungsgrad von mindestens 80 % genügen und es bestehe keine wirtschaftliche oder technische Notwendigkeit zur vollen Ausfinanzierung. Die

jährliche Unterdeckung sollte aber jährlich verzinst und weitere Finanzierungslücken sofort gedeckt werden. Auch die Notwendigen Reservebildungen (Reduktion des techn. Zinsfusses, ansteigende Invaliditätsleistungen, steigende Lebenserwartung, Perennitätsschwankungen, Wertschwankungsreserven, etc.) werden bei einer korrekt, nach Massgabe der vorherrschenden Fachkunde geführten örVE noch genügend Mittel beanspruchen, als dass die volle Ausfinanzierung örVE aus finanzpolitischer Sicht unbedingt angestrebt werden müsste. Andernfalls befürchten wir, dass die Leistungen in örVE so stark herunter gefahren werden müssten, dass die Attraktivität örKörperschaften als Arbeitgeber enorm leiden würde und somit auch die zu erbringenden Aufgaben zu Gunsten der Allgemeinheit darunter leiden würden.

Fazit: Der Deckungsgrad örVE differiert erheblich. Für die 64 örVE mit einem Deckungsgrad von 80 % und mehr (und mit Staatsgarantie) sehen wir grundsätzlich keinen Handlungsbedarf. Hier sind insgesamt 334'290 Versicherte und 141'613 Rentner versichert. Das Verhältnis von Aktiven Versicherte und Rentner liegt bei hohen 42.4%. Bei den 12 örVE mit einem Deckungsgrad zwischen < 80 % und > 51 % stehen 119'164 Aktive Versicherte 54'439 Rentnern mit einem Vorsorgevermögen von CHF 29'776 Mio. und einer Unterdeckung von insgesamt CHF 10'281 Mio. gegenüber. Hier liegt das Verhältnis zwischen Aktiven Versicherten und Rentnern zwischen ebenfalls hohen 39.2 % bis zu ungünstigeren 47.3 %. Die Gruppe von örVE, die einen Deckungsgrad < 50 % aufweist, umfasst noch 3 örVE. Hier stehen den Vorsorgevermögen von CHF 1'522 Mio. die Unterdeckungen von insgesamt CHF 1'922 Mio. gegenüber, bei einem noch schlechteren Verhältnis von Aktiven Versicherten und Rentner von 55.3%. Für all diese örVE wird das Erreichen eines Deckungsgrades (von wahrscheinlich mindestens 80 %) im heutigen Umfeld der beruflichen Vorsorge (wie bereits genannte Reservebildungen für die Reduktion des techn. Zinsfusses, ansteigende Invaliditätsleistungen, steigende Lebenserwartung, Perennitätsschwankungen, Wertschwankungsreserven, etc.) immer noch ambitioniert genug sein, wenn sie nicht unnötig viele Mittel, sprich Steuergelder örKörperschaften „verbrauchen“ sollen!

Aus vorgängigen Ausführungen kann auf eine periodische Berichterstattung durch den Bundesrat gänzlich verzichtet werden.

Die politische Entflechtung der örVE und die Übergabe der gesamten Verantwortung für die Führung einer örVE an den Stiftungsrat als oberstes Organ muss das Ziel sein.

Die Ausgliederung der Aufsicht über die berufliche Vorsorge als z.B. örAnstalt, wie sie in den Zentralschweizer Kantonen umgesetzt und in der Ostschweiz auf dem Wege ist, erachten wir als richtig und sinnvoll. So wird die Unabhängigkeit der Aufsicht auch gegenüber örVE eher gewährleistet.

Allgemein gilt festzuhalten, dass die Regulierungsdichte in der beruflichen Vorsorge tendenziell verringert werden und grundsätzlich dem obersten Organ einer (ör)VE die ganzen Kompetenzen bei der Durchführung der beruflichen Vorsorge zugestanden werden sollte. Die örKörperschaft als Arbeitgeber soll lediglich über die Beitragshöhe oder die Leistungen entscheiden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und verbleiben
mit freundlichen Grüssen

**SCHWEIZERISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR DIE BERGGEBIETE (SAB)**

Der Präsident:

Der Direktor:

Dr. Theo Maissen

Thomas Egger



<http://www.bsv.admin.ch/dokumentation/zahlen/01662/01664/index.html?lang=de>

1. Finanzierungsmodell des differenzierten Zieldeckungsgrades

1.1 Unterstützen Sie den Ansatz, die Rahmenbedingungen für öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen denjenigen für privatrechtliche anzugleichen?

ja nein keine Antwort

Bemerkungen:

Finanzpolitisch nein.
Rechtlich ja. → siehe unsere Ausführungen in der Einleitung

1.2 Unterstützen Sie den Ansatz, dass nur öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen mit einem Gesamtdeckungsgrad unter 100% bei Inkrafttreten der geplanten Neuregelung im System der Teilkapitalisierung geführt werden können und öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen mit einem Gesamtdeckungsgrad über 100% zwingend im System der Vollkapitalisierung weiter geführt werden müssen (vgl. Absatz 4 i.V.m. Art. 72a Abs. 1 BVG)?

ja nein keine Antwort

Bemerkungen:

→ siehe unsere Ausführungen in der Einleitung

1.3 Unterstützen Sie das vorgeschlagene Finanzierungsmodell eines differenzierten Zieldeckungsgrades, wonach für öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen im Teilkapitalisierungsverfahren gilt, dass die Rentnerkapitalien jederzeit zu 100% gedeckt und die bei Inkrafttreten der Neuregelung festgelegten Deckungsgrade bzgl. der Verpflichtungen gegenüber den aktiven Versicherten (ADG_{aktive}) bzw. gegenüber allen Versicherten (ADG_{Gesamt}) nicht mehr unterschritten werden dürfen, ohne dass Sanierungsmassnahmen eingeleitet werden?

ja nein keine Antwort

Bemerkungen:

→ siehe unsere Ausführungen in der Einleitung

1.4 Stimmen Sie den vorgeschlagenen Voraussetzungen für eine Teilkapitalisierung gemäss Artikel 72a Absatz 1 BVG zu (Staatsgarantie sowie Finanzierungsplan zur langfristigen Sicherung des finanziellen Gleichgewichts [i.S. der Erhaltung der verschiedenen Deckungsgrade])?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

1.5 **Staatsgarantie:** Stimmen Sie den vorgeschlagenen Rahmenbedingungen bezüglich der Realisierungstatbestände und des Umfangs der Staatsgarantie zu?

- Realisierungstatbestände (Leistungspflicht des Gemeinwesens bei):
 - Fällige ungedeckte Alters-/Risiko-/Austrittsleistungen;
 - Unterdeckung als Folge einer Teilliquidation beim austretenden Versichertenkollektiv;
 - Unterdeckung als Folge einer Teilliquidation beim verbleibenden Versichertenkollektiv (Unterschreitung des DG_{gesamt});
 - Verzinsbare Verpflichtung ab dem Zeitpunkt der Realisierung;
- Umfang der Garantie:
 - umfasst gesetzliche und weitergehende Vorsorge;
 - umfasst alle (öff. und private) Arbeitgeber;
 - umfasst bei Inkrafttreten der Neuregelung bestehende Fehlbeträge;
 - durch Ausgangsdeckungsgrade abgrenzbar gegenüber künftigen Sanierungstatbeständen;

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

Unter Berücksichtigung unserer Ausführungen.

1.6 **Teilliquidation:** Sind Sie mit dem vorgeschlagenen Konzept der Teilliquidation einverstanden, wonach vom Grundsatz der vollen Ausfinanzierung der austretenden Versichertenkollektive in folgenden zwei Fällen abgewichen werden darf:

- Abgebende und aufnehmende öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtung vereinbaren, dass das übertretende Versichertenkollektiv nur bis zum Deckungsgrad der aufnehmenden öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtung ausfinanziert sein muss;
- echte versicherungstechnische Fehlbeträge, die nicht durch eine Garantie des Gemeinwesens gedeckt sind, dürfen künftig wie bei privatrechtlichen Vorsorgeeinrichtungen mitgegeben werden.

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

→ Trifft bei Anwendung unserer Ausführungen in der Einleitung nicht zu.



2. Volle Ausfinanzierung

2.1 Sind Sie mit der grundsätzlichen Zielsetzung, dass öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen innert längstens 30 Jahren ausfinanziert sein sollen, einverstanden?

- ja nein keine Antwort

Bemerkungen:

→ siehe unsere Ausführungen in der Einleitung

2.2 Unterstützen Sie die Verpflichtung des Bundesrates, dem Parlament alle 10 Jahre Bericht über die finanzielle Lage der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen zu erstatten, damit im Hinblick auf den für eine volle Ausfinanzierung benötigten Zeithorizont allenfalls notwendige Korrekturen vorgenommen werden können?

- ja nein keine Antwort

Bemerkungen:

→ Ist gemäss unseren Ausführungen in der Einleitung nicht nötig.

3. Institutionelles

3.1 Unterstützen Sie die vorgeschlagene rechtliche, finanzielle und administrative Verselbstständigung und Ausgliederung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen und der zuständigen Aufsichtsbehörden aus der öffentlichen Verwaltung?

- ja nein keine Antwort

Bemerkungen:

3.2 Unterstützen Sie die vorgeschlagene Kompetenzausscheidung zwischen Gemeinwesen und oberstem Organ i.S. der für privatrechtliche Vorsorgeeinrichtungen geltenden Regeln?

- ja nein keine Antwort

Bemerkungen:



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

3.3 Unterstützen Sie den Ansatz, dass öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen weiterhin gegenüber dem Sicherheitsfonds beitragspflichtig sind?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

Die Ausführungen gemäss Vernehmlassungsvorlage erachten wir als richtig.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Ergänzende Fragestellungen der SGK-N

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit
CH-3003 Bern

www.parlament.ch
sgk.csss@pd.admin.ch

14. Juni 2007

Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen

Ergänzende Fragen der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Vernehmlassung

Ergänzungen zur Frage 2 (volle Ausfinanzierung) gemäss Fragenkatalog des Bundesrates

Angesichts der zum Teil sehr hohen Kosten, die eine volle Ausfinanzierung innert 30 Jahren für Kassen mit grosser Unterdeckung zur Folge hätte – die Fehlbeträge der 25 Kassen mit einer Deckung unter 90% belaufen sich auf über 15 Mrd. Fr. –, stellt sich die Frage, ob nicht einem anderen Finanzierungsmodell der Vorzug gegeben werden sollte. Die vom Bundesrat eingesetzte Expertenkommission hatte in diesem Sinne weitere Modelle geprüft und eines davon auch empfohlen (<http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/7812.pdf>).

Hauptvariante der SGK-NR und der Expertenkommission: Modell „Mischfinanzierung und differenzierter Zieldeckungsgrad“

A. Könnten Sie in diesem Zusammenhang als Alternative zur vollen Ausfinanzierung innert 30 Jahren einem unbefristeten Finanzierungsmodell der Teilkapitalisierung „Mischfinanzierung und differenzierter Zieldeckungsgrad“ zustimmen (vgl. im Bericht 5.2.4 Übersicht über die Finanzierungssysteme), also im Unterschied zur Vorlage des Bundesrates auf eine Befristung der Zulässigkeit des Modells verzichten?

Im Unterschied zum Modell des Bundesrates sollen Vorsorgeeinrichtungen, deren Kapitaldeckung unter 100% liegt, unbefristet im System der Teilkapitalisierung weitergeführt werden können. Es gilt dabei die allgemeine Regel, dass ein einmal erreichter Deckungsgrad nicht mehr unterschritten werden darf, das heisst, dass im Falle einer Unterschreitung automatisch Sanierungsmassnahmen ergriffen werden müssen. Das Ziel der Vollkapitalisierung und damit eine Angleichung an die privatrechtlichen VE soll weiterhin gefördert werden. Eine Frist bis zur vollen Kapitaldeckung wird aber nicht vorgeschrieben.

Es wird davon ausgegangen, dass VE mit einem Kapitaldeckungsgrad von über 90% (12 von 37 Kassen in Unterdeckung) sich in der Regel für das Ziel einer Vollkapitalisierung entscheiden. Für alle Kassen, die sich für die Vollkapitalisierung entscheiden (darunter können natürlich auch Kassen mit einem Deckungsgrad unter 90% sein) muss die Dauer einer Übergangsphase bestimmt werden. Den Aufsichtsbehörden wird ein Plan mit den entsprechenden Massnahmen (Finanzierung, Verteilung der zusätzlichen finanziellen Lasten usw.) unterbreitet.

Für alle anderen Fälle, die im System der Teilkapitalisierung und damit der Mischfinanzierung weiter geführt werden sollen, muss ein differenzierter Zieldeckungsgrad festgelegt werden. Auch in diesem Fall muss der Aufsichtsbehörde ein detaillierter Finanzierungsplan (inkl. der verbindlichen Regelung der öffentlich-rechtlichen Garantien für die Unterdeckung) vorgelegt werden. Wenn die entsprechenden Bestimmungen in Kraft treten, bestimmt jede öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtung den Gesamtdeckungsgrad sowie den Deckungsgrad der zu diesem Zeitpunkt feststehenden erwerbstätigen Versicherten, wobei zuerst die Rentenverpflichtungen zu 100% gedeckt sein müssen. Letzteres birgt den Vorteil, dass bei einer demografischen Alterung die Rentenverpflichtungen immer gedeckt sind. Beide Ausgangsdeckungsgrade dürfen in der Folge nicht mehr unterschritten werden.

Vorteile: Dieses Modell führt zu einer finanziellen Stabilisierung einerseits und erhöht den Anreiz hin zu einer vollen Ausfinanzierung andererseits. Gleichzeitig wird der unterschiedlichen Ausgangslage bei den öffentlich-rechtlichen VE wie auch der unterschiedlichen finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand Rechnung getragen.

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

Wir sprechen wir uns gegen das Ziel der vollen Ausfinanzierung aus. Somit ist auch die Regel hinfällig, wonach ein einmal erreichter Deckungsgrad nicht mehr unterschritten werden darf. Auf dem Weg zum vom obersten Organ festgelegten Deckungsgrad wären Sanierungsmassnahmen nur notwendig, wenn die örVe „echte versicherungstechnische Fehlbeträge“ ausweisen würde. Wir würden auch dem obersten Organ einer örVE mehr Verantwortung und Kompetenzen bei der Festlegung des individuellen Deckungsgrades (von voraussichtlich mind. 80 %) und dem Erreichen dieses Ziels geben.

Untervariante:

A.1 Sind Sie der Meinung, dass für öffentlich-rechtliche VE mit einer besonders hohen Unterdeckung Sonderregelungen getroffen werden sollten?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

Es liegt im auch Interesse des Aussteller der Staatsgarantie, dass die Unterdeckung verringert wird. Mit der Zielvorgabe eines vom obersten Organ unter Berücksichtigung der kassenspezifischen Eigenheiten Deckungsgrades (von voraussichtlich von mind. 80 %) wird sich längerfristig das Problem verringern.

Die Regelungsdichte ist gross genug.

Untervariante:

A. 2 Sollen bei VE mit Teilkapitalisierung Überschüsse – speziell in sehr ertragsreichen Jahren – nach der Speisung der notwendigen Rückstellungen (Schwankungsreserven u.a.) zwingend dem Deckungskapital zugewiesen werden, dies verbunden mit einer entsprechenden Erhöhung des Zieldeckungsgrades?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

Dies soll das oberste, verantwortliche Organ der örVE individuell unter Berücksichtigung sämtlicher kassenspezifischen Begebenheiten entscheiden.

B. Haben Sie im Zusammenhang mit den Gesetzgebungsvorschlägen des Bundesrates weitere Bemerkungen?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

Die Regelungsdichte in der beruflichen Vorsorge und die damit verbundenen administrativen Belastungen für eine VE ist bereits jetzt sehr gross und sollte eher wieder verringert werden. Wir weisen dabei auf den ASIP-Diskussionsvorschlag „Neues BVG“.



Fragen zur internetbasierten Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens

Sie haben sich gegen die Beantwortung der gestellten Fragen auf der zu diesem Zweck zur Verfügung gestellten Webseite des BSV entschieden. Um Ihre diesbezüglichen Entscheidungsgründe besser verstehen zu können, bitten wir Sie, uns auch die nachfolgenden Fragen zu beantworten.

1. Sind Sie aus grundsätzlichen Überlegungen gegen die in diesem Fall gewählte Form der Vernehmlassung?

ja

nein

2. Sofern Sie keine grundsätzlichen Bedenken gegen eine internetbasierte Beantwortung von Vernehmlassungsfragen haben - welche Anforderungen müssten erfüllt sein, damit Sie diese Form der Durchführung einer Vernehmlassung unterstützen würden?

Anregungen:

Eine Stellungnahme eines Verbandes dient immer auch zum Zweck der Information seiner Mitglieder. Dies ist auf dem Weg einer rein Internet-basierten Beantwortung der Fragen nicht möglich.



** ** ** ** **

Absender:

☞ Sie haben an der Vernehmlassung teilgenommen:

- in Ihrer Eigenschaft als Vernehmlassungsadressat gemäss offizieller Adressatenliste (<http://www.admin.ch/ch/i/gg/pc/pendent.html>)
- in Ihrer Eigenschaft als Privatperson oder Organisation, die nicht auf der offiziellen Adressatenliste geführt ist (spontane Teilnahme)

☞ Falls Sie Vernehmlassungsadressat gemäss offizieller Adressatenliste sind, zu welcher Kategorie gehört die von Ihnen vertretene Organisation:

- Kanton
- Partei
- gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete
- gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft
- Behörden und Verwandte Institutionen
- Versicherte/Leistungsbezüger/Selbstständigerwerbende
- Vorsorge- und Versicherungseinrichtungen, Durchführungsstellen
- weitere Organisationen

Name (Organisation/Behörde/Privatperson): Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)

Adresse: Postfach 7836, 3001 Bern

Für allfällige Rückfragen:

Tel.: 031 382 10 10

E-Mail: info@sab.ch

Besten Dank!